

# Der aufhaltsame Aufstieg der Rheinmetall AG-RWM auf Sardinien

von Kampagne Stop RWM (Sardinien)

Die Geschichte der Rheinmetall-RWM-Fabrik, die auf Sardinien Bomben herstellt, ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie der militärisch-industrielle Komplex Krisensituationen nutzt, um neue Geschäftsfelder zu erschließen. Wo zivile Wirtschaftsaktivitäten in die Krise geraten, werden sie aufgegeben und durch militärische ersetzt; ganze Regionen werden umgekrempelt – mit der Komplizenschaft von Politik und Verwaltung. Ein Alptraum-Szenario, dem wir uns nicht fügen müssen – und gegen das Widerstand möglich und notwendig ist.

## Vom Bergbau zur Rüstungsindustrie

Sulcis, im Südwesten Sardinien gelegen, gehört zu den ärmsten Regionen Europas. Bis in die 1970er Jahre lebte die Region vor allem von Bergbau und Stahlindustrie, später gerieten diese Sektoren in die Krise, bis die Produktion im vergangenen Jahrzehnt schließlich vollständig eingestellt wurde. Infolgedessen grassieren Arbeitslosigkeit und Abwanderung, und noch immer befinden sich rund 3.000 Arbeiter der Stahlindustrie in Kurzarbeit.

Im Sulcis gab es auch ein Werk der SEI (Società Esplosivi Industriali - Gesellschaft für industrielle Sprengstoffe) an der Grenze zwischen den Gemeinden Domusnovas und Iglesias. Seit 1974 wurden dort zivile Sprengstoffe für den Bergbau hergestellt. Nach der Schließung der Bergwerke beantragte die SEI 1999 die Genehmigung zur Eröffnung neuer Produktionslinien für Sprengstoffe und militärische Sprengkörper – und begründete dies mit der Notwendigkeit, die Produktion zu diversifizieren und eine wichtige militärische Einrichtung im Sulcis zu versorgen: den Truppenübungsplatz bei Capo Teulada, der auch von NATO-Streitkräften genutzt wird.

Die Bevölkerung lehnte die militärische Produktion entschieden ab und demonstrierte, um die Region Sardinien aufzufordern, die Genehmigung nicht zu erteilen. Die Regionalbehörden versicherten, sie würden der SEI niemals die nötigen Genehmigungen erteilen – nur um ihr Wort anschließend zu brechen und sogar einen öffentlichen Zuschuss für die Errichtung der neuen militärischen Produktionslinien im Werk Domusnovas Iglesias zu ge-

währen. Eine heuchlerische Haltung, an der die Institutionen bis heute festhalten.

Im Jahr 2010 wurden die SEI-Werke in Ghedi und Domusnovas-Iglesias vom multinationalen Rüstungskonzern Rheinmetall übernommen, und zwar über dessen Tochtergesellschaft RWM (Rheinmetall Waffe Munition), die sich zu 100 Prozent im Besitz von Rheinmetall befindet. Innerhalb weniger Jahre stellte Rheinmetall-RWM die zivile Produktion ein – 2012 wurde sie endgültig aufgegeben – und richtete die gesamte Produktion auf den militärischen Bereich aus.

## Auf Sardinien produziert, im Jemen eingesetzt

Das RWM-Rheinmetall-Werk in Domusnovas-Iglesias produziert verschiedene Arten militärischer Sprengstoffe (Tritonal, PBX usw.) sowie Sprengkörper (Flugzeugbomben, Seeminen, Artilleriegeschosse, Sprengköpfe für Raketen und Drohnen usw.), die in zentrale Kriegsgebiete exportiert werden. Einer der wichtigsten Verträge wurde 2015 mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geschlossen, als diese ihren Angriff auf den Jemen begannen. Der Vertrag im Wert von 400 Millionen Euro sah die Lieferung von etwa 20.000 Fliegerbomben vor, die anschließend bei der Zerstörung des Jemen eingesetzt wurden. Einige NGOs (darunter das ECCHR, Mwataana for Human Rights und die Rete italiana Pace e Disarmo) haben Belege dafür gesammelt, dass auf Sardinien produzierte Bomben bei Angriffen auf die jemenitische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, und die Nachricht wurde von der internationalen Presse aufgegriffen.

Eine der Folgen war, dass der Protest gegen die Herstellung von Sprengkörpern auf Sardinien neuen Auftrieb erhielt und die Kampagne „Stop-RWM“ ins Leben gerufen wurde, die bis heute aktiv ist. Eine weitere Folge war, dass das Unternehmen die Produktionskapazitäten seines Werks in Domusnovas-Iglesias ausgeschöpft hatte und beschloss, es zu erweitern: durch den Bau neuer Abteilungen, Straßen, Lagerhallen und sogar eines neuen Testgeländes für Sprengstoffe, mit dem Ziel, die Produktion von Sprengkörpern zu verdreifachen.

*Corteo verso – ein Protestzug der Kampagne Stop RWM auf dem Weg zum Rheinmetall Werk. Foto: Kampagne Stop RWM.*



## Widerstand gegen die Ausweitungspläne von RWM

Die Expansionspläne des Unternehmens stießen jedoch auf Schwierigkeiten, da die Erweiterung des Werks in einem Waldgebiet hätte erfolgen sollen, in dem der Bau von Industrieanlagen nicht zulässig war – unter anderem wegen hoher hydrogeologischer Risiken, Nähe zu Naturschutzgebieten und bestehender Landschaftsschutzaufgaben.

Die STOP-RWM-Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt, die Aktivitäten des Rheinmetall-RWM-Werks in Domusnovas-Iglesias zu stoppen. Sie ist breit aufgestellt und wird von Organisationen und Einzelpersonen getragen, die aus unterschiedlichen Beweggründen handeln (darunter Antimilitarist\*innen, Umweltschützer\*innen, Pazifist\*innen, Basisgewerkschaften, religiös inspirierte Gruppen, usw.) und ebenso unterschiedliche Aktionsformen wählen (Demonstrationen, Blockadeversuche, rechtliche Schritte, Gegeninformation und anderes).

Seit 2015 wurden im Rahmen der STOP-RWM-Kampagne zahlreiche Aktionen organisiert, darunter Demonstrationen mit dem Ziel, den Zugang zur Fabrik zu blockieren und die Produktion zu behindern. Vor allem in der ersten Phase der Kampagne waren diese durchaus von Erfolg gekrönt. Unternehmen und Polizei reagierten ihrerseits mit Gegenmaßnahmen und versuchten, die Demonstrant\*innen von der Fabrik fernzuhalten beziehungsweise den Arbeiter\*innen den Zugang zu den Anlagen über alternative, unwegsame Wege, auch durch Felder, zu ermöglichen. Da sich die Fabrik auf freiem Feld befindet, fanden allerdings auch die Demonstrant\*innen alternative Wege, sodass die Gegenmaßnahmen von Unternehmen und Polizei mitunter ins Leere liefen. Zudem gab es Versuche, den Transport der Bomben zu Häfen und Flughäfen zu behindern. Darauf reagierte das Unternehmen mit einer verstärkten Geheimhaltung der Transporte, die dadurch immer schwerer nachzuverfolgen waren.

## Rechtliche Schritte

Schließlich wurden auch wichtige rechtliche Schritte gegen die Waffengeschäfte von Rheinmetall-RWM eingeleitet. Auf internationaler Ebene führte die Anprangerung der Bombardierungen des Jemen mit auf Sardinien hergestellten RWM-Rheinmetall-Bomben im Juli 2019 dazu, dass die dem Unternehmen erteilten Ausfuhrgenehmigungen gesperrt wurden. Nach dem italienischen Gesetz 185/90 ist der Export von Waffen in Kriegsgebiete eigentlich verboten. Diese Bestimmung wurde von den Regierungen jedoch fast vollständig ignoriert, sodass die Sperrung der RWM-Rheinmetall-Bomben im Jahr 2019 den ersten Fall darstellte, in dem das Gesetz 185/90 tatsächlich zur Einschränkung von Waffenexporten angewendet wurde. Im Juni 2023 wurde die Genehmigung dann von der Regierung Meloni ausschließlich für Saudi-Arabien wiederhergestellt (die Emirate hatten inzwischen darauf verzichtet), mit der Begründung, die saudischen Bombardements im Jemen seien vorübergehend eingestellt worden.

Weitere rechtliche Schritte richteten sich gegen die Erweiterung der Fabrik, die Rheinmetall-RWM unter offensichtlich rechtswidrigen Umständen vorangetrieben hatte. Seit 2018 wurden sowohl verwaltungsrechtliche Beschwerden als auch Strafanzeigen gegen das Unternehmen eingereicht, begleitet von Protestkundgebungen vor den lokalen Institutionen (Gemeinden, Regionalverwaltung, Präfektur), die die aggressive Expansion des Unternehmens stets geduldet und geschützt haben. Die Strafjustiz griff die Anzeigen teilweise auf und leitete ein Verfahren ein, in dem einigen öffentlichen Bediensteten und Führungskräften des Unternehmens geringfügigere Delikte zur Last gelegt wurden, allerdings nicht das, was ihnen von den Aktivist\*innen vorgeworfen wurde. Das Verfahren wurde 2023 verhandelt und endete mit dem Freispruch aller Angeklagten. Der Weg der verwaltungsrechtlichen Klagen war lang und steinig: Eine Klage wurde 2020 in erster Instanz vom Regionalen Verwaltungsgericht Sardinien (TAR) abgewiesen; im November 2021 gab der Staatsrat ihr jedoch in zweiter Instanz statt. Das rechtskräftige Urteil erkannte an, dass die Er-

weiterung vorschriftswidrig durchgeführt worden war, ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (VIA) und durch Aufsplitterung des Gesamtprojekts in eine Vielzahl einzelner Maßnahmen (rund hundert an der Zahl), die als voneinander getrennt und unabhängig eingereicht worden waren. Dies hatte zur Folge, dass die Inbetriebnahme der neu errichteten Abteilungen gestoppt wurde; diese Sperre dauert bis heute an.

### **Neue Kriege, neue Märkte**

Auch wenn es uns nicht gelungen ist, die Schließung des RWM-Werks in Domusnovas-Iglesias zu erreichen, hat die Summe all dieser Aktionen eine erhebliche Krise ausgelöst. Das Unternehmen reagierte mit der Entlassung sämtlicher prekär Beschäftigten und machte sich auf die Suche nach neuen Aufträgen. Die Kriegsschauplätze, die seit 2022 hinzugekommen sind, haben ihm leider neue Absatzmöglichkeiten für sein todbringendes Geschäft eröffnet. Heute produziert und liefert das RWM-Werk große Mengen Artilleriemunition für den Krieg in der Ukraine. Zudem wurde mit dem israelischen Unternehmen Uvision Air Ltd. eine wichtige Vereinbarung über die Produktion von Killer-Drohnen (sogenannten Loitering Munition) der HERO-Serie geschlossen. Damit ist RWM-Rheinmetall inzwischen auch tief in die aggressive und genozidale Politik des israelischen militärisch-industriellen Komplexes verstrickt. Deshalb hat sich auch die Palästina-Solidaritätsbewegung der STOP-RWM-Kampagne angeschlossen und beteiligt sich mit Nachdruck an ihr.

### **Wie sich die Regionalregierung aus der Verantwortung zieht**

Das Unternehmen wollte sich nicht einmal mit dem Abriss der unrechtmäßig errichteten neuen Werksteile abfinden. Stattdessen beantragte es 2022 bei der Region Sardinien eine nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfung für die bereits fertiggestellten Bauwerke (eine VIA-Ex post), um die rechtswidrig errichteten Anlagen im Nachhinein flugs zu „legalisieren“. Auch diesmal brachen die Regionalbehörden ihr Wort: Sie ließen das Verfahren zu und trieben es trotz anhaltender Proteste bis 2025 beharrlich voran. Die derzeit amtierende Regionalregierung (eine Mitte-Links-Koalition unter Führung der Fünf-Sterne-Bewegung) hat sich wiederholt gegen die Aufrüstungspolitik der EU ausgesprochen, doch als sie sich zur Rechtmäßigkeit der RWM-Erweiterung äußern musste, vermied sie eine klare Ablehnung und zog es vor, die Frist für eine Entscheidung verstreichen zu lassen. So konnte das Verwaltungsgericht Sardiniens einen Sonderbeauftragten, einen sogenannten *commissario ad acta* ernennen, der aus dem Apparat der nationalen Regierung kam und wenig überraschend die Umweltverträglichkeit der neuen Werksteile im Rheinmetall-RWM-Werk bestätigte, womit deren Inbetriebnahme nichts mehr im Wege stand.

### **Waffenproduktion schafft kaum Arbeitsplätze**

Die Untätigkeit der regionalen Behörden führte zu einem absehbaren Ergebnis. Denn die nationale Regierung drängte seit Jahren auf die Eröffnung neuer Produktionsbereiche im RWM-Werk, die nach ihrer Darstellung dazu dienen sollten, die krisengeschüttelte Wirtschaft des Sulcis wieder anzukurbeln indem die Produktion der Stahl- und Bergbauindustrie auf den militärischen Bereich umgestellt wird. Ein absurdes Versprechen: Denn Waffenproduktion schafft kaum Arbeitsplätze, und der Fall des Rheinmetall-RWM-Werks zeigt das deutlich. Laut Jahresabschlüssen beschäftigte das Werk in Domusnovas-Iglesias im Jahr 2014 70 Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von 40 Millionen Euro, während im Jahr 2024 bei einem versechsfachten Umsatz (ca. 230 Millionen) lediglich 102 Mitarbeiter Beschäftigte ausgewiesen wurden. Dieser lächerliche Zuwachs von rund 30 Stellen soll nun also die Lösung für die systemische Industriekrise im Sulcis sein, wo Tausende Arbeiter\*innen in Kurzarbeit sind. In Wirklichkeit greift Rheinmetall-RWM systematisch auf prekäre Arbeitskräfte zurück, um den Produktionsbedarf zu decken: Hunderte Beschäftigte werden kurzzeitig über Zeitarbeitsfirmen reingeholt und ebenso schnell wieder vor die Tür gesetzt, sobald die Nachfrage nach Sprengkörpern zurückgeht.

### **Der Widerstand geht weiter**

Müssen wir uns folglich damit abfinden, dass das Sulcis zu einem Produktions- und Testgebiet für Waffen wird? Auf keinen Fall. Der Ausgang dieses langwierigen Konflikts ist weiterhin offen. Die Protestkundgebungen gehen weiter, ebenso die Versuche, die Tätigkeit und den Ausbau des Rheinmetall-RWM-Werks auf Sardinien zu behindern. Dabei suchen sie den Schulterchluss mit den Bewegungen, die Rheinmetall in Deutschland stoppen und den Kurs der EU in Richtung Aufrüstung und Krieg blockieren wollen. Auch juristisch ist das letzte Wort noch nicht gesprochen: Ende April 2026 haben mehrere Umwelt-, Friedens- und Gewerkschaftsorganisationen die vom Sonderbeauftragten der Regierung erteilte positive Umweltverträglichkeitsprüfung angefochten, die den Weg für die Inbetriebnahme der illegal errichteten neuen Anlagen freimachen könnte. Die erste Anhörung vor dem Verwaltungsgericht ist für den 27. Mai angesetzt; vor dem Gerichtsgebäude wird es eine STOP-RWM-Demonstration geben. Der Widerstand geht weiter.

*Übersetzung aus dem Italienischen durch Jacqueline Andres und Sven Wachowiak: La Resistibile ascesa di Rheinmetall – RWM in Sardegna*